

TITEL/Castor-Transport

Unter dem Deckmantel der Gewaltfreiheit

Von Wolfgang Rösemann und Jesko Bock

Die linksextremistisch beeinflusste Kampagne "X-tausendmal quer" ist laut Selbstdarstellung in ihrer vor dem Castor-Transport 1997 erschienenen Flugschrift Teil der Initiative "Gewaltfrei und Ungehorsam gegen Castor", in der verschiedene Aktionsgruppen aus dem Wendland und dem ganzen Bundesgebiet zusammenarbeiten.

Die Kampagne "X-tausendmal quer" beinhaltet die Aktionsformen "Gewaltfreiheit" und "Ziviler Ungehorsam", wobei "Gewaltfreiheit" als aktives Prinzip verstanden werden muss. Wenngleich in Selbstdarstellungen der Gruppierung stets "Gewaltfreiheit" propagiert wird, so erfordert der Begriff eine engere Definition. Menschen verletzende Gewalt wird abgelehnt, Gewalt gegen Sachen in Form von Sachbeschädigungen, Sabotagehandlungen und Zerstörungen aber ausdrücklich in die Konzeption mit einbezogen, wenn diese als politisches Mittel nützlich erscheinen und vermittelbar sind, um die Kosten für die Atommülltransporte in eine politisch nicht mehr vertretbare Höhe zu treiben. Das Aktionskonzept von "X-tausendmal quer" ist in wesentlichen Punkten als die praktische Umsetzung der politischen Inhalte (Schwerpunkt-Thema "Ökologie") sowie der Praxis (Aufrufe zu "gewaltfreien" Aktionen) der Graswurzelbewegung anzusehen.

Jochen Stay

Jochen Stay ist als Sprecher der Kampagne eine zentrale Person der AKW-Widerstandsbewegung. Er gilt als einer der Wortführer so genannter gewaltfreier Atomkraftgegner. Zahlreiche von ihm verfasste Artikel belegen die Akzeptanz und Befürwortung von Gewalt und militanten Aktionsformen. Bereits anlässlich der ersten Atommülltransporte ins Wendland agitierte Jochen Stay mit Aufrufen zu Gewalttaten. So sollten Aktionen gegen den Transport aus "intelligenten Gewaltmaßnahmen" bestehen. Er rechtfertigte die beabsichtigte Gewaltbereitschaft mit der Erklärung:

"Wenn der Gesetzgeber sich gegen das Volk wendet, braucht das Volk Gesetze nicht zu befolgen." (Stay in einem Vortrag zum Thema "Castor-Transport" im Friedensbildungswerk Köln am 14. September 1996)

Als langjähriger Redakteur und Herausgeber der Zeitung "graswurzelrevolution" (Organ des seit 1997 ruhenden Dachverbandes der Graswurzelbewegung, der anarchistischen "Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen", FöGA) propagiert er die "Umwälzung von unten her". Daraus resultiert eine prinzipielle Ablehnung aller politischen Organisationsformen, insbesondere der parlamentarischen Demokratie, da diese grundsätzlich auf Machtverhältnissen basieren. So bezeichnet sich Stay in einem Artikel in der "graswurzelrevolution" Nr. 245 (Januar 2000) als "gestandener Antiparlamentarier". Weiter heißt es dort:

"Es gab seit einigen Jahrzehnten keine historische Situation hier zu Lande, die mehr Menschen davon überzeugen konnte, dass es durch Wahlen, Parlamentssitze und Regierungsbeteiligung nicht gelingt, die Gesellschaft zu verändern. Eigentlich Zeit für eine Werbekampagne in Sachen Anarchismus."

Dass Stay auch vor klandestinen Aktionen nicht zurückschreckt, ergibt sich schon aus seinen Äußerungen, die er 1994 in der Zeitschrift "anti atom aktuell" niedergeschrieben hatte. Es sei - so Stay - wichtig, dass es in der Anti-AKW-Bewegung "parallel offene und verdeckte Strukturen" geben könne.

So könnten "Leute, die ‚legal‘ in einer Stadtteilinitiative mitarbeiten, gleichzeitig ‚illegal‘ Anschläge gegen Büros von SpekulantInnen durchführen."

Schon 1995 markierte Stay seinen politischen Standort in der taz (vom 2. Oktober); er propagierte dort die Abschaffung jedweder Herrschaft und präferierte eine anarchistische Gesellschaftsform.

"Graswurzelbewegung"

Die Graswurzelbewegung ist kein organisierter Personenzusammenschluss, sondern eine lose, Hierarchie ablehnende Verbindung von Personen mit dem gemeinsamen Ziel der "herrschaftsfreien Gesellschaft".

"Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden" (Selbstdefinition der Graswurzelbewegung in jeder Ausgabe der Zeitschrift "graswurzelrevolution").

Die Exponenten beziehungsweise Sprecher der "X-tausendmal quer"-Kampagne propagieren diese Graswurzelidee. Der "Zivile Ungehorsam" ist für die sich selbst als anarchistisch bezeichnende Graswurzelrevolution die Aktionsform gegen den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland.

In Abgrenzung zu den militanten Aktionen der Autonomen, für die der Kampf gegen die Atomenergie Symbolcharakter für die zu bekämpfende staatliche Ordnung erfährt, reklamieren die Anhänger der Graswurzelbewegung einen reflektierten, an der Sache orientierten Widerstand gegen von ihnen als unhaltbar empfundene Missstände.

Agitation anlässlich der Wiederaufnahme der Nukleartransporte

Nach dem Konsensbeschluss der Bundesregierung war eine allgemeine Verunsicherung der Anti-AKW-Bewegung festzustellen. Dies zeigte sich zunächst in ihrer Unfähigkeit, größere Personengruppen für Aktionen zu mobilisieren. Der Energiekonsens wird von der Anti-AKW-Bewegung nicht als Atomausstieg, sondern als "staatlich garantierter Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis zu ihrem technischen Lebensende" bewertet.

Man müsse der "breiten Öffentlichkeit klarmachen ..., dass das nicht der Ausstieg ist. (...) Wir sind letztendlich wieder die kleine radikale Minderheit, gegen eine Regierung, die den Menschen Lügen erzählt. (...) Wir müssen uns sozusagen den gesellschaftlichen Raum erst wieder schaffen." (Jochen Stay in der "anti atom aktuell" Nr. 112) In einem Rundbrief 07199 der Kampagne "X-tausendmal quer" zum "Stand der Aktionsvorbereitung" heißt es, dass "auch weitergehende Aktionsformen wie zum Beispiel Anket-Aktionen in eine gewaltfreie Sitzblockade" integriert werden sollen. Sachbeschädigungen wie "gewaltfreie Schienendemontagen" seien eine "geeignete Aktionsform gegen Castor-Transporte".

Am 3. Dezember 2000 fand in Pisselberg, LK Lüchow-Dannenberg, ein mit einer Kundgebung verbundener Aktionstag statt, an dem sich circa 400 Personen beteiligten. Unter anderen hatte "X-tausendmal quer" für die Veranstaltung mobilisiert, in deren Anschluss sich circa 200 Teilnehmer auf der Gleisanlage vor der Brücke versammelten, wovon einige begannen, Schrauben zu lösen beziehungsweise Bahngleise zu unterhöhlen.

Mit näher rückendem Termin agitiert Jochen Stay zunehmend gegen die bevorstehenden Nukleartransporte. Unter anderem in anarchistisch beziehungsweise linksextremistisch beeinflussten

Publikationen ("graswurzelrevolution", "anti atom aktuell") und im Internet ruft "X-tausendmal quer" zu Protestaktionen auf. Zu der Kampagne "Gewaltfreie Sitzblockade" des nächsten Castor-Transportes sollen nach Angaben der Initiatoren bundesweit bereits 4100 verbindliche Erklärungen von Personen, die Schienen und Straßen blockieren wollen, gesammelt worden sein. "Bei dem letzten Castor-Transport 1997 kamen lediglich 2500 Erklärungen zusammen", so Jochen Stay gegenüber der taz in der Ausgabe vom 2. März 2001. Zur Gestaltung der Proteste erklärt Stay:

"Das Konzept für März sieht vor, nicht nur - wie in der Vergangenheit - die letzten 20 Kilometer zwischen Dannenberg und Gorleben zu besetzen, sondern auch die Bahnlinie von Lüneburg bis Dannenberg, also nochmals über 50 Kilometer zum Aktionsraum zu machen. Direkt hinter Lüneburg soll es eine große "X-tausendmal quer"-Sitzblockade geben. Hinzu kommen dann zahlreiche Aktionen entlang der Strecke." (Neues Deutschland, 7. Februar 2001)

Eine Veröffentlichung von "X-tausendmal quer" im Internet im Zusammenhang mit einem Aufruf zu den Protestaktionen verdeutlicht die anarchistische Grundhaltung der Kampagne:

"X-tausende Menschen aus der ganzen Republik versammeln sich vor dem nächsten Castor-Transport an einem oder mehreren geeigneten Orten gewaltfrei und unbeirrbar auf der Transportstrecke. (...) Sie werden nicht freiwillig weichen. Gemeinsam stehen sie für eine andere Gesellschaft. Für eine bunte, lebendige Gesellschaft, die ohne menschenfeindliche Technik und Polizeistaat auskommen kann."

In einer Beilage "X-tausendmal quer überall" zur taz vom 7. März 2001 werden unter der Rubrik "Hintergrund-Informationen" unter anderem die Aktionsformen "Gewaltfreie Aktion und Ziviler Ungehorsam" von "X-tausendmal quer" erläutert:

"Gewaltfreiheit wird häufig falsch verstanden als passives Stillhalten. Das Gegenteil ist der Fall. Gewaltfreiheit ist ein aktives Prinzip, das ermutigt und befähigt, dem Unrecht und der Gewalt gezielt entgegenzutreten und für alle Lösungen zu streiten, die für alle tragbar sind. Wichtige Elemente dabei sind die Gewaltfreie Aktion, der Zivile Ungehorsam und basisdemokratische Strukturen. Vielfach hat sich Gewaltfreiheit als effektives politisches Mittel erwiesen."

Mit "Gewaltfreier Aktion" und "Zivilem Ungehorsam" werden die zentralen Aktionsformen der Graswurzelbewegung propagiert. Die "massenhafte direkte gewaltfreie Aktion als spezifische Waffe der AnarchistInnen" definiert die Graswurzelbewegung als Boykottaktion, massenhaften Bruch von Gesetzen, Sabotage, Massenstreiks und Kriegsdienstverweigerung zur Zersetzung der Machtzentren mit dem Ziel der Abschaffung aller Formen und Herrschaft.

In dem Artikel heißt es weiter:

"Eine der möglichen Formen Gewaltfreier Aktion ist die Sitzblockade. (...) Das Blockieren der Castor-Strecke ist nicht legal. Doch das Übertreten von Verboten ist angesichts des atomaren Restrisikos legitim und notwendig. Es ist ein bewusster und offener Akt des Zivilen Ungehorsams."

Diese Aussage impliziert, dass außer Sitzblockaden auch andere Formen "Gewaltfreier Aktionen" möglich sind beziehungsweise akzeptiert werden. Legt man in diesem Zusammenhang die oben zitierte Definition der Graswurzelbewegung zu Grunde, bedeutet die Befürwortung aller Formen der "Gewaltfreien Aktion" auch die Akzeptanz von Sabotagehandlungen beziehungsweise Gewalt gegen Sachen.

Das Mobilisierungspotenzial von "X-tausendmal quer" war vor dem Castor-Transport kaum

einzuschätzen. In der Vergangenheit rief die Kampagne stets gemeinsam mit anderen Gruppierungen zur Teilnahme an Protestaktionen auf, so dass eine konkrete Zuordnung der Teilnehmer nur schwer möglich war. Nach eigenen Angaben der Initiative hätten sich zwar circa 4000 Personen verbindlich bereit erklärt, an der propagierten Aktionsform der "Gewaltfreien Sitzblockade" im Zusammenhang mit Nukleartransporten teilzunehmen, was jedoch keinen seriösen Schluss auf das tatsächliche Mobilisierungspotenzial zulässt, insbesondere nicht auf die Beteiligung von Linksextremisten.

Die "Kurve Wustrow" ist eine Unterorganisation der "Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktionen e. V." und ist dem Spektrum der "gewaltfreien" Anarchisten zuzuordnen. Sie engagiert sich im Protest gegen Nukleartransporte und Gentechnik und führt Trainingsprogramme über "gewaltfreien Widerstand" und "gewaltfreie Aktion" durch. In einem Aufruf in der Elbe-Jeetzel-Zeitung am 28. Februar 2001 zur Teilnahme an der "Nacht im Gleisbett" vom 3. auf den 4. März 2001 bietet die "Kurve Wustrow" an, am 3. Januar 2001 im Tagungshaus Carnap in Pisselberg "sich schon vor der eigentlichen Aktion (ab 13.00 Uhr) an einem Training in gewaltfreier Aktion" zu beteiligen.

Wiederholt rief die "Kurve Wustrow" zu Straftaten im Rahmen der Anti-AKW-Kampagne, insbesondere zum Widerstand gegen Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben auf. Trotz des verbalen Bekenntnisses zur Gewaltfreiheit rechtfertigen die Mitglieder des Vereins Gewalt gegen Sachen.

In einer Selbstdarstellung der "Kurve Wustrow" im Internet beschreibt der Verfasser zu dem Begriff "Gewaltfreie Aktion":

"Gewaltfreiheit als handlungsbezogener Grundsatz geht von positiven Visionen einer gerechten Gesellschaft aus. Bei gewaltfreier Aktion bestimmt das Ziel die Mittel."

In einem Artikel der Elbe-Jeetzel Zeitung am 23. Februar 2001 agitiert die Kurve Wustrow gegen das Konzept der Polizei, anlässlich der Nukleartransporte Konfliktmanager einzusetzen. Das Konzept

"... solle nur im Vorfeld sicherstellen, dass ein durch hässliche Gewaltszenen angeschlagenes Bild der Polizei in der Öffentlichkeit in ein akzeptables Licht gerückt werde. (...) Die Polizei sei nur zum Anschein an einer gütlichen Regelung des Konfliktes bereit, der gewaltfreie Widerstand der Anti-Atom-Bewegung werde dann doch diskreditiert. (...) Die Polizei werde zudem von ihrem Auftrag her auch gegen gewaltfreien Widerstand die ihr zur Verfügung stehenden Gewaltmittel einsetzen."

Im selben Zusammenhang äußert sich Jochen Stay in der Elbe-Jeetzel Zeitung am 1. März 2001 zu den Verletzungen von Polizeibeamten anlässlich der Atommülltransporte 1996:

"... eine einzige Journalistin habe damals recherchiert, wie die Verletzungen der Polizeibeamten zustande kamen. Drei Beamte wurden von Polizeihunden gebissen, andere stolperten beim Aussteigen aus dem Auto, andere erlitten Schwächeanfälle wegen Übermüdung. Niemand wurde durch das Einwirken von Demonstranten verletzt."

Die Aussagen verdeutlichen die negative Grundeinstellung gegenüber dem Polizeieinsatz. Idealtypisch für Extremisten ist in diesem Zusammenhang, ein für die politische Agitation notwendiges Feindbild (hier: "Polizei als Büttel der Atommafia") aufrecht zu erhalten. Mit ihrer Argumentation scheint die Kurve Wustrow bereits im Vorfeld die Verantwortung für mögliche gewalttätige Auseinandersetzungen auf die Polizei verlagern zu wollen, indem immer wieder betont wird, dass die Anti-Atom-Bewegung lediglich gewaltfreien Widerstand leisten werde, die Polizei hingegen Gewaltmittel einsetze.

Für den unbefangenen Leser des Artikels ist nicht erkennbar, dass mit dem Begriff Gewaltfreiheit im

Zusammenhang mit den Protestaktionen militante Aktionsformen volle Akzeptanz finden.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 5/2001](#))